



Studie: Weltweit drohen Engpässe bei der Ölversorgung

Fördermaximum bereits überschritten. Weltweite Gewinnung könnte bis 2030 auf die Hälfte zurückgehen. Der Ölpreis knackte erstmals die Rekordmarke von 130 Dollar.

Die weltweite Ölförderung hat mit großer Wahrscheinlichkeit das Fördermaximum bereits überschritten, wird noch weiter zurückgehen und ist Hauptursache für den Rekordanstieg des Ölpreises. Dies ist das Fazit der Energy Watch Group in ihrer aktuellen Marktuntersuchung, bei der Daten zur globalen Erdölförderung verglichen und ausgewertet wurden.

Das Netzwerk aus Wissenschaftlern und Parlamentariern kommt dabei zu dem Ergebnis, dass Erdölvermeidungsstrategien Vorrang haben sollten, während die Senkung von Energiesteuern die Erdölverknappung nur weiter beschleunigen würde. Auch sei die "Hoffnung auf das Platzen einer angeblichen Spekulationsblase" vergeblich, sind sich die Experten sicher. In der Förderung von Biokraftstoffen sehen die Insider eine Notwendigkeit. Sowohl der Preis für leichtes US-Öl der Marke WTI als auch der Preis für die in Europa wichtigste Ölsorte Brent erreichten mit 130,5 Dollar je Fass einen neuen Rekordstand.

"Dass fallende Förderungen die Ölpreise anheizen, ist eine pauschale Aussage, die nur relativ Gültigkeit besitzt. Vielmehr sollte auch berücksichtigt werden, dass die Altersablaufraten bestehender Ölfelder langsam ihrem Ende entgegen gehen. Deshalb sind Förderunternehmen mittlerweile dazu gezwungen, beispielsweise mit technisch aufwendigen Mitteln, geologisch anspruchsvoll und damit teuer neue Ölfelder zu erschließen", sagt HSH-Nordbank-Analyst Andy Sommer im Gespräch mit presstext.

Laut dem Experten seien es derzeit weniger die bestehenden Ölreserven der Welt, die die Preise nach oben treiben würden, als vielmehr die hohen Kosten für die Erschließung der neuen Regionen. "Aber auch die Kosten für Stahlbeton und andere zur Förderung nötiger Rohstoffe haben sich, wie auch die Steuer- und Abgabenlast in der Förderländern selbst, drastisch erhöht", ergänzt Sommer.

Im Rahmen der Erhebung stellt die Energy Watch Group die düstere Prognose in Aussicht, dass die globale Ölförderung bis 2030 auf die Hälfte zurückgehen könnte. Vor allem der zunehmend eigene Verbrauch in den wenigen verbleibenden Erdöl exportierenden Staaten würden die auf dem Weltmarkt verfügbaren Ölmengen noch schneller abnehmen lassen als die Förderung, so die Vorhersage. Dieses Schreckensszenario sieht auch Josef Auer von der Deutschen Bank Research, da "mit Blick auf die Energieversorgung, zumindest was das Erdöl betrifft, die Zukunft schon hinter uns liegt". So seien die Prognosen über die Ölressourcen längst "kein Horrorgemälde pessimistischer Weltuntergangspropheten, sondern eine in den kommenden Jahren und Jahrzehnten ernst zu nehmende Verknappungsperspektive".

Aufgrund der Ressourcen fordern die Wissenschaftler vorrausschauendes politisches Handeln, wobei sich auch Unternehmen schon jetzt auf die bevorstehende Zeit vorbereiten sollten, um die Übergänge möglichst effektiv zu gestalten. "Eine Senkung der Energiesteuern würde die Erdölverknappung nur noch beschleunigen, da dadurch nur der Verbrauch angeregt würde", unterstreicht Ralph Kappler von der Energy Watch Group.

Auch sei ein Nachholbedarf bei der Biokraftstoffpolitik der deutschen Bundespolitik gegeben. Mit Blick auf die Versorgungsabhängigkeit sollten alle Anstrengungen unternommen werden, Biokraftstoffe nach vorn zu bringen, meint hingegen Axel Graf Bülow, Hauptgeschäftsführer des Bundesverbands Freier Tankstellen.

Investitionen in Energieeinsparungen sollten somit erhöht und mehr in nachhaltig produzierte Biokraftstoffe gesteckt werden, ist sich Bülow sicher. Aktuelle Schätzungen des Bundes der Energieverbraucher gehen von einem jährlichen Ölpreisanstieg zwischen 30 und 50 Prozent aus, damit sich die Nachfrage dem abnehmenden Angebot anpasst. Vor dem Hintergrund der Rekordrally des Ölpreises scheinen sich Benzin, Diesel und Kerosin immer mehr zu Luxusgütern zu entwickeln.

Laut der Studie geraten nicht nur Unternehmen, sondern zunehmend auch die privaten Haushalte

und Staatsbudgets der Importländer unter Zugzwang. "Da Öl jedoch in Dollar gehandelt wird, schlägt der hohe Ölpreis hierzulande noch nicht so stark an den Tankstellen durch. Insofern hat Europa mit dem starken Euro noch ein Ass im Ärmel", so Ralph Kappler.

.....

VERIVOX: Der energiepolitische Sprecher der Grünen im Bundestag, Hans-Josef Fell, kritisierte, die Internationale Energieagentur und die Mineralölkonzerne hätten zu lange die "irreführende Botschaft" verbreitet, dass es langfristig genügend Öl gebe, die Preise niedrig blieben und deshalb keine Alternativen nötig seien: "Das hat sich als fataler Irrtum erwiesen." Wer jetzt niedrigere Energiesteuern oder die Erhöhung der Pendlerpauschale wolle, rufe zu "Subventionen in Brandbeschleuniger auf, da hier offensichtlich der Brand mit Benzin gelöscht werden soll". Gefragt sei vielmehr der Umstieg auf erneuerbare Energien.

In New York kostete ein Barrel der Sorte Light Sweet Crude zwischenzeitlich 130,47 Dollar und war damit so teuer wie nie zuvor. In London stieg der Preis für ein Fass der Nordseesorte Brent auf 129,92 Dollar. Der Ölpreis hat seit Jahresbeginn seine Rekordjagd ungebrochen fortgesetzt: Am 2. Januar kostete ein Barrel erstmals 100 Dollar, Mitte März dann 110 und Anfang Mai 120 Dollar.

Nach OPEC-Präsident Schakib Chelil führte auch der Ölminister des OPEC-Mitgliedstaates Venezuela, Rafael Ramirez, die Preissprünge beim Öl auf Spekulationen zurück: "Die Preise sind wegen Spekulationen, der Schwäche des Dollar und der weltweiten Inflation so spektakulär gestiegen", sagte Ramirez am Dienstagabend (Ortszeit) in Caracas. Das Problem habe nichts mit Angebot und Nachfrage zu tun: "Es gibt genug Öl am Markt", betonte der Minister.

Das US-Repräsentantenhaus verabschiedete soeben ein Gesetz gegen das Ölförderkartell, dessen Mitgliedstaaten rund 40 Prozent des Erdöls weltweit produzieren. Es ermächtigt die US-Regierung, vor der US-Justiz wegen mutmaßlicher Preisabsprachen gegen OPEC-Länder zu klagen. US-Präsident George W. Bush kündigte sein Veto an.

Quelle:
presstext.deutschland 2008
Florian Fügemann 2008
Verivox 2008

Weiter Quelle:
www.sonnenseite.com